

LESERBRIEFE

6. Februar 2026

06.02.2026, 07:00 Lesezeit: 5 Min.

Die Arroganz der Öffentlich-Rechtlichen

Die Arroganz, mit der ARD-Vorsitzender und HR-Intendant Florian Hager im Gespräch mit Helmut Hartung jegliche Kritik am ÖRR an sich abperlen lässt („Vertrauensanker für Millionen von Menschen“, F.A.Z. vom 3. Februar), ist eine Beleidigung für jeden Beitragszahler. Anstatt eine Verschlankung des ÖRR einzuleiten, soll dieser, so Hager, lediglich „digitaler und arbeitsteiliger“ werden. Die Regelungen zur Presseähnlichkeit, die den Wettbewerb zulasten der privaten Anbieter verzerren, werden „kritisch (ge-)sehen“. Kurzfristige Einsparungen durch Programmkürzungen wolle man nicht, während noch mehr nonlineare Inhalte angeboten werden sollen, als ob es keine Streamingdienste gäbe. Der Gipfel des Interviews sind die unerhörten Spitzen gegenüber Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, immerhin der zweithöchsten Frau im Staate. Was Herr Hager offenkundig nicht sieht: Diese realitätsferne, im administrativ-institutionellen Denken

verharrende Überheblichkeit treibt die Menschen zu Heerscharen in die Arme der AfD, die nur darauf wartet, aus der Staatskanzlei in Magdeburg heraus das ÖRR-Geflecht durch einen „Grundfunk“ zu ersetzen. Der einzige Weg, dem vorzubeugen, wären mutige Reformen, wie etwa die spürbare Reduzierung von Sendungen, die erkennbar nicht den Programmauftrag erfüllen (Krimis, Kochshows, Böhmermann), sowie der Abbau der aufgeblähten Apparate einschließlich eines Einschnitts bei den feudalen Pensionsansprüchen. Auch fehlt es weiterhin an Ausgewogenheit in der Berichterstattung – das vermeintlich Progressive hat weiterhin die Oberhand. Und warum betreiben ARD und ZDF in zahlreichen Hauptstädten jeweils eigene Korrespondentenbüros? Kein im Wettbewerb stehendes Unternehmen könnte sich diesen Luxus leisten. Mediatheken gehören zusammengelegt, regionale Kleinstsender in größere integriert.

verharrende Überheblichkeit treibt die Menschen zu Heerscharen in die Arme der AfD, die nur darauf wartet, aus der Staatskanzlei in Magdeburg heraus das ÖRR-Geflecht durch einen „Grundfunk“ zu ersetzen. Der einzige Weg, dem vorzubeugen, wären mutige Reformen, wie etwa die spürbare Reduzierung von Sendungen, die erkennbar nicht den Programmauftrag erfüllen (Krimis, Kochshows, Böhmermann), sowie der Abbau der aufgeblähten Apparate einschließlich eines Einschnitts bei den feudalen Pensionsansprüchen. Auch fehlt es weiterhin an Ausgewogenheit in der Berichterstattung – das vermeintlich Progressive hat weiterhin die Oberhand. Und warum betreiben ARD und ZDF in zahlreichen Hauptstädten jeweils eigene Korrespondentenbüros? Kein im Wettbewerb stehendes Unternehmen könnte sich diesen Luxus leisten. Mediatheken gehören zusammengelegt, regionale Kleinstsender in größere integriert. Am allerwichtigsten jedoch wäre eine echte Beitragsreform, um die der Reformstaatsvertrag bezeichnenderweise einen riesigen Bogen macht. Das Mindeste, zumal in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, wäre ein Einfrieren des Beitrags auf dem gegenwärtigen Niveau. Noch mutiger wäre ein Splitting, mit einem deutlich niedrigeren Zwangsbeitrag – zehn Euro sollten genügen – für die Erbringung der Grundversorgung in den Bereichen Information, Kultur und Bildung. Für darüber hinausgehende Programmangebote kann eine nutzungsbabhängige Zusatzgebühr erhoben werden. Den hundertsten Usedom- (Sauerland-, Kroatien-)Krimi oder die „Carolin Kebekus-Show“ würden dann nur noch die Menschen finanzieren (müssen), die diese Formate auch sehen wollen. Dies würde die Glaubwürdigkeit des ÖRR um einiges mehr stärken als Hagers kühne Behauptung, man sei „Vertrauensanker für Millionen von Menschen“.

Dr. Hans Bellstedt, Berlin